



Ministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz  
Kaiser-Friedrich-Straße 5a | 55116 Mainz

Vorsitzender des  
Ausschusses für Familie, Jugend,  
Integration und Verbraucherschutz  
Herr Jochen Hartloff, MdL  
Landtag Rheinland-Pfalz  
55116 Mainz

LANDTAG  
Rheinland-Pfalz  
**17/7789**  
VORLAGE

**DIE MINISTERIN**

Kaiser-Friedrich-Straße 5a  
55116 Mainz  
Postfach 31 70  
55021 Mainz  
Telefon 06131 16-0  
Telefax 06131 16-2644  
Ministerbuero@mffjiv.rlp.de  
[www.mffjiv.rlp.de](http://www.mffjiv.rlp.de)

05.01.2021

<b>Mein Aktenzeichen</b>	<b>Ihr Schreiben vom</b>	<b>Ansprechpartner/-in / E-Mail</b>	<b>Telefon / Fax</b>
		Neneh Braum neneh.braum@mffjiv.rlp.de	06131 16-5670 06131 16175670

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucher-  
schutz am 10.12.2020**

**TOP 8 „Arbeit der Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche“**

**Antrag der Fraktionen der SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Vorlage 17/7516**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

in der vorgenannten Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz wurde zugesagt, den Ausschussmitgliedern die Sprechvermerke zu TOP 8 zukommen zu lassen. Dieser Bitte komme ich gerne nach und übersende Ihnen die beigefügten Sprechvermerke.

Mit freundlichen Grüßen

In Vertretung

Dr. Christiane Rohleder  
Staatssekretärin

**Anlagen**



## **Anlage 1**

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 10.12.2020**

**TOP 8 „Arbeit der Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche“**

**Antrag der Fraktionen der SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Vorlage 17/7516**

### **Sprechvermerk MFFJIV**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Abgeordnete,

ich freue mich sehr, dass der Leiter der Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche bei der Bürgerbeauftragten des Landes RLP, Herr Lotz, heute hier über die Arbeit der Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche berichtet.

Jungen Menschen eine Stimme zu geben und sie an allen sie betreffenden Entscheidungen zu beteiligen, ist ein zentrales Anliegen unserer Kinder- und Jugendpolitik. Das gilt selbstverständlich für alle jungen Menschen, besonders wichtig ist es aber auch für diejenigen Kinder und Jugendlichen, die unter schwierigen Bedingungen aufwachsen.

Daher freue ich mich sehr, dass es bereits im ersten Jahr dieser Wahlperiode gelungen ist, eine landesweite Ombudsstelle für die Kinder- und Jugendhilfe einzurichten.

Wir sind das zweite Bundesland nach Schleswig-Holstein, das eine solche Stelle bei den jeweiligen Bürgerbeauftragten einrichtet hat.

Die Geschehnisse in der Heimerziehung der 50/60-er Jahre haben uns in erschreckender Weise vor Augen geführt, zu welchen Grausamkeiten Machtmissbrauch führen kann. Beteiligungs- und Beschwerdemöglichkeiten sind ein wichtiger Baustein zum



Schutz vor Machtmissbrauch. Daher begrüße ich ganz ausdrücklich auch die Bestrebungen im Rahmen der aktuellen Reform des SGB VIII, bei Jugendhilfeeinrichtungen externe Beschwerdestellen verbindlich vorzuschreiben und die Selbstvertretungen junger Menschen zu stärken.

Eine solche Selbstvertretung ist unser im September erstmals gewählter Landesjugendhilferat Rheinland-Pfalz. Ich freue mich ganz besonders, dass wir mit dem Landesjugendhilferat erstmals auch eine landesweite Interessensvertretung für Kinder und Jugendliche aus der Heimerziehung haben. Er hat das Ziel, sich für die Rechte dieser jungen Menschen einzusetzen und sich zu aktuellen Entwicklungen in der Heimerziehung auf Landesebene zu positionieren.



## Anlage 2

**Sitzung des Ausschusses für Familie, Jugend, Integration und Verbraucherschutz am 10.12.2020**

**TOP 8 „Arbeit der Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche“**

**Antrag der Fraktionen der SPD, FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

**Vorlage 17/7516**

**Sprechvermerk Klaus Lotz**, Leiter der Beschwerdestelle für Kinder und Jugendliche bei der Bürgerbeauftragten

Sehr geehrter Herr Vorsitzender Hartloff,  
sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete,  
sehr geehrte Frau Staatssekretärin Dr. Rohleder,

haben Sie vielen Dank, dass ich heute die Gelegenheit von Ihnen eingeräumt bekomme, die Ombudsstelle für Kinder- und Jugendhilfe sowie deren Wirken hier vorzustellen. Die Bürgerbeauftragte, Frau Schleicher-Rothmund, möchte ich entschuldigen, da Sie zeitgleich an einer Videokonferenz mit dem Innenministerium teilnimmt.

Die Ombudsstelle für Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz gibt es seit Mai 2017. Mit dem Aufbau der Strukturen der Ombudsstelle im Büro der Bürgerbeauftragten wurde bereits im Januar 2017 begonnen.

Im Mai 2018 hat Frau Barbara Schleicher-Rothmund das Amt der Bürgerbeauftragten und damit auch das Projekt der Ombudsstelle für Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz übernommen.

Ich möchte Ihnen zunächst einen kurzen Rückblick geben, wie und warum es zu dieser Organisationsform gekommen ist.



Die Form von Ombudschaft in der Kinder- und Jugendhilfe zu organisieren und zu gestalten, ist in Deutschland nicht homogen. Rheinland-Pfalz ist in seiner ombudschafftlichen Struktur Vorreiter und hat als sich als erstes deutsches Bundesland dazu entschieden die Ombudschaft auf diese Weise in die Kinder- und Jugendhilfe zu integrieren.

Die Koalitionsparteien haben sich in dem Vertrag über die Zusammenarbeit der Koalition darüber verständigt, dass aufgrund der Erfahrungen und Ergebnisse der Gespräche aus der Aufarbeitung der Heimerziehung der 50er und 60er Jahre, die in Rheinland-Pfalz bereits zuvor schon thematisiert wurde, eine Anlaufstelle, ich sage eine Beschwerdestelle, für Kinder und Jugendliche geschaffen werden soll.

Ich zitiere aus der Koalitionsvereinbarung: „Rheinland-Pfalz will als Flächenland die Aufgabe einer Ombudschaft für die Kinder- und Jugendhilfe ansiedeln. Kinder, Jugendliche und ihre Eltern sollen die Möglichkeit erhalten, sich niedrigschwellig an eine unabhängige Institution zu wenden, die einen Klärungs- und Vermittlungsprozess gestaltet.“

Es kam der Gedanke, diese neue Stelle im rheinland-pfälzischen Parlament anzusiedeln. Hier wird diese Stelle von allen im Parlament vertretenen Parteien getragen. Dies war und ist für die Akzeptanz dieser neuen Stelle besonders wichtig. Die Entscheidung, diese im Büro der Bürgerbeauftragten einzurichten, ist meiner Meinung nach vollkommen richtig.

## **Was ist die Zielrichtung der rheinland-pfälzischen Ombudsstelle?**

Dem Grunde nach geht es uns um zwei Themenschwerpunkte:

Wir wollen zum einen beim Aufbau von Beteiligungsstrukturen für Kinder und Jugendliche in Einrichtungen helfen. Wir geben Hilfestellungen, an wen sich diejenigen wenden können, die eine Beschwerdestruktur neu aufbauen oder verbessern wollen.

Petitionen bzw. Eingaben oder Beschwerden stärken die von uns allen gewünschte Partizipation. Grundsätzlich muss Partizipation allerdings gelernt werden, so auch in der Kinder- und Jugendhilfe.



Partizipation ist dort eine wesentliche Zielgröße. Sie stärkt das Zutrauen in die eigenen Möglichkeiten und in das Umfeld der Kinder und Jugendlichen. Indem wir für unsere Petenten eintreten, tragen wir zu Lösungen bei und wir machen deutlich: „Wir haben Interesse an Euch und an Euren Themen“.

Damit kommen wir zu dem anderen Schwerpunkt – und der ist unsere tägliche Arbeit. Es geht uns darum, „Kindern eine Stimme zu geben“. Kinder und Jugendliche sollen die Möglichkeit haben, sich bei Problemen niedrigschwellig an uns, den Staat, wenden zu können, der ihre Fragen und Probleme ernst nimmt, sie aufnimmt und an die entsprechenden Stellen weiterträgt. Wir wollen in der Ombudsstelle vermittelnd tätig werden. Kinder und Jugendliche sollen den Staat nicht obrigkeitlich erleben, sondern sie sollen uns als den helfenden Staat annehmen. Ich glaube und bin ganz fest davon überzeugt, dass die Einrichtung der Ombudsstelle – und so wie sie arbeitet – auch ein Teil demokratischer Erziehung ist und Kindern und Jugendlichen verdeutlichen kann, dass der Staat bei der Bewältigung von Problemen an ihrer Seite steht.

Die Kinder- und Jugendhilfe hat in Deutschland die Aufgabe zur Verwirklichung des Rechts der Kinder und der Jugendlichen auf Förderung ihrer Entwicklung und auf Erziehung zu eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeiten beizutragen. Sie soll den Abbau von Benachteiligung und die Schaffung bzw. Erhaltung positiver Lebensbedingungen junger Menschen und ihrer Familien unterstützen. Artikel 6 des deutschen GG umschreibt unseren Auftrag: „Die staatliche Gemeinschaft wacht darüber, dass das Recht der Kinder gewährleistet wird.“ Und genau hieraus ergibt sich der Auftrag der Ombudsstelle der Kinder- und Jugendhilfe in Rheinland-Pfalz für uns.

Wir wollen Kindern und Jugendlichen ein Informationsangebot und Beratungsangebot zu ihren Rechten geben. Wir wollen Kindern und Jugendlichen Hilfestellung geben, die sich durch ein Jugendamt nicht ausreichend beraten und beteiligt fühlen, sich eine Interessenvertretung gegenüber den Jugendlichen wünschen. Wir wollen Ihnen die Möglichkeit geben, sich an uns zu wenden, wenn sie mit der Betreuung durch einen freien



Träger der Jugendhilfe nicht zufrieden sind. Wir wollen ihnen Orientierung geben, wenn sie nicht wissen, wer für ihr Anliegen in der Kinder- und Jugendhilfe zuständig ist.

Letztlich geht es darum, Kinder und Jugendliche zu informieren, zu beraten, mit ihnen und ihren Eltern, Pflegeeltern und Vertreterinnen und Vertretern von Heimeinrichtungen sowie Jugendämtern nach gemeinsamen Lösungen zu suchen, wie man eine Situation verbessern kann und sie gegebenenfalls zu Terminen zum Jugendamt oder zu einem freien Träger der Jugendhilfe zu begleiten.

Wir können beobachten, dass sich zunehmend mehr Menschen an die Beschwerdestelle für Kinder und Jugendhilfe Rheinland-Pfalz wenden mit dem ausdrücklichen Hinweis, die Beschwerdestelle kontaktieren zu wollen. Dies sind, neben Kindern und Jugendlichen selbst, Eltern, Pflegeeltern, Betreuer in Heimeinrichtungen oder andere Angehörige.

Der klassische Fall ist der, dass um Unterstützung bei Hilfeplangesprächen gebeten wird. Sei es, dass es überhaupt angemahnt werden muss oder aber, dass die Betroffenen mit der Art und Weise der Durchführung des Hilfeplangesprächs nicht zufrieden sind. Etliche Kinder und Eltern wenden sich auch an uns in Fragen der Inobhutnahmen. Hier verschaffen wir uns – wenn möglich – ein Bild vor Ort, sprechen mit den Kindern und Jugendlichen und versuchen zwischen den Betroffenen und den Institutionen einen Gesprächsfaden wiederherzustellen.

Außerdem wenden sich aber auch Kinder und Jugendliche außerhalb der klassischen Kinder- und Jugendhilfe an uns. Beispielsweise hatten wir Fragen von Mobbing an der Schule und mögliche Schulwechsel zu bearbeiten.

Hier wird deutlich, dass Kinder und Jugendliche nicht unterscheiden zwischen Beschwerden in der Kinder- und Jugendhilfe und „allgemeinen“ Beschwerden gegenüber staatlichen Institutionen.



Damit die Zielgruppe erreicht werden kann, war und ist es notwendig, Informationskampagnen zu initiieren. So haben wir bereits in der Vergangenheit an zahlreichen Gesprächen von Fachstellen teilgenommen:

- Vorstellung bei Caritas in Daun
- Jugendhilfeeinrichtung Darscheid
- Gespräch mit Care leavern
- Gespräch mit Schulelternbeirat
- Vorstellung der Ombudsstelle beim SOS Kinderdorf e.V., Kaiserslautern
- Vorstellung bei der Arbeitsgemeinschaft Katholischer Einrichtungen und Dienste der Erziehungshilfen, Trier
- Vorstellung im Rahmen der Fachtagung für Schulmediatorinnen und –mediatoren, Ingelheim
- Gespräch mit dem Bischöflichen Generalvikariat, Trier
- Jährliche Teilnahme an der Jugendbeteiligungswerkstatt

Für das Frühjahr 2021 ist ein Einrichtungsbesuch des Johanniter-Unfall-Hilfe e.V. in Trier geplant.

Insgesamt soll die Zusammenarbeit mit Fachkräften anderer Institutionen weiterhin gestärkt und auch zukünftig Öffentlichkeitsarbeit forciert werden.

Um den Austausch mit anderen Ombudsstellen und Gremien zu fördern, sind wir Mitglied im Bundesnetzwerk Ombudschaft und strategischer Partner im Projekt EUR&QUA, das sich mit Fragen im Zusammenhang mit grenzüberschreitendem Kinderschutz beschäftigt.

Frau Schleicher-Rothmund wurde darüber hinaus in das Kuratorium des Instituts für Prävention und Aufarbeitung von sexualisierter Gewalt (IPA) e.V. berufen.

Um das Bild der Ombudsstelle abzurunden, möchte ich Ihnen nun zum Schluss noch einige Zahlen nennen:





2017: 67 Eingaben

2018: 70 Eingaben

2019: 79 Eingaben

2020 (Stand: 07.12.): 93 Eingaben

Thematische Schwerpunkte bei den Anfragen sind Fragen um das Sorge-/und Umgangsrecht, Hilfen zur Erziehung und Inobhutnahmen.

Für Nachfragen stehe ich gerne zur Verfügung.

Vielen Dank für Ihr Interesse.